



Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021 und Lagebericht

BESTÄTIGUNGSVERMERK

juris GmbH
Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik
Deutschland
Saarbrücken

KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

juris GmbH

Juristisches Informationssystem für die
Bundesrepublik Deutschland, Saarbrücken

Bilanz zum 31. Dezember 2021

Aktiva

	Anhang	31.12.2021	31.12.2020
		EUR	EUR
A. Anlagevermögen	(B.1)		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		12.315.374,84	10.349.444,32
II. Sachanlagen		3.925.327,29	4.343.271,29
		16.240.702,13	14.692.715,61
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	(B.2)	5.107.942,82	7.095.774,66
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		16.440.687,41	13.512.452,27
		21.548.630,23	20.608.226,93
C. Rechnungsabgrenzungsposten		1.237.772,30	939.714,94
		39.027.104,66	36.240.657,48

Passiva

	Anhang	31.12.2021	31.12.2020
		EUR	EUR
A. Eigenkapital	(B.3)		
I. Gezeichnetes Kapital		2.681.368,03	2.681.368,03
II. Gewinnvortrag		5.444.939,14	4.205.806,37
III. Jahresüberschuss		8.742.716,23	8.122.195,18
		16.869.023,40	15.009.369,58
B. Rückstellungen	(B.4)	10.361.245,00	9.279.173,00
C. Verbindlichkeiten	(B.5)	2.102.502,32	2.465.140,56
D. Rechnungsabgrenzungsposten		6.714.532,94	7.179.838,34
E. Passive latente Steuern	(B.6)	2.979.801,00	2.307.136,00
		39.027.104,66	36.240.657,48

juris GmbH

Juristisches Informationssystem für die
Bundesrepublik Deutschland, Saarbrücken

**Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021**

	Anhang	2021	2020
		EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	(C.1)	65.066.607,21	60.359.126,19
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	(C.2)	1.208.946,92	1.364.178,65
3. Gesamtleistung		66.275.554,13	61.723.304,84
4. Sonstige betriebliche Erträge	(C.3)	647.021,49	532.667,07
5. Materialaufwand	(C.4)	21.601.630,73	19.250.757,57
6. Personalaufwand	(C.5)	18.931.702,18	18.789.008,15
7. Abschreibungen	(C.6)	2.320.276,51	1.980.976,74
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	(C.7)	10.725.341,11	9.847.630,55
9. Finanzergebnis	(C.8)	7.299,06	-1.306,93
10. Ergebnis vor Steuern		13.350.924,15	12.386.291,97
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(C.9)	4.603.113,57	4.258.320,49
12. Ergebnis nach Steuern		8.747.810,58	8.127.971,48
13. Sonstige Steuern		5.094,35	5.776,30
14. Jahresüberschuss	(C.10)	8.742.716,23	8.122.195,18

juris GmbH

Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik Deutschland, Saarbrücken

Anhang für das Geschäftsjahr 2021

(A) Ausweis, Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Gesellschaft ist eine große Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 3 HGB. Die Gliederung des Jahreschlusses erfolgt entsprechend den Vorschriften des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften, den Vorschriften des GmbH-Gesetzes und den ergänzenden Vorschriften des Gesellschaftsvertrages.

Die juris GmbH hat ihren Sitz in 66121 Saarbrücken, Am Römerkastell 11, und ist eingetragen im Handelsregister Registergericht Saarbrücken, HRB 8485.

Zur Vergrößerung der Klarheit der Darstellung sind Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung zusammengefasst und im Anhang gesondert ausgewiesen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren erstellt.

Von der Aktivierung von selbst geschaffenen immateriellen Vermögensgegenständen des Anlagevermögens nach § 248 Abs. 2 S. 1 HGB wurde im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021 Gebrauch gemacht. Diese werden zu Herstellungskosten gemäß § 255 Abs. 2 Sätze 1-2 und Abs. 2a HGB aktiviert und nach Fertigstellung planmäßig linear über ihre voraussichtliche Nutzungsdauer sowie bei Vorliegen einer voraussichtlich dauernden Wertminderung außerplanmäßig abgeschrieben.

Die immateriellen Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen nach Maßgabe der voraussichtlichen Nutzungsdauer bewertet.

Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten einschließlich Nebenkosten bilanziert und linear planmäßig abgeschrieben.

Die Geringwertigen Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens bis zu einem Anschaffungspreis von EUR 800 sind im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben und im Anlageverzeichnis als Abgang behandelt worden.

Die planmäßigen Abschreibungen des Anlagevermögens erfolgen unter Zugrundelegung der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer. Dabei wird sich an den steuerlichen AfA-Tabellen unter Berücksichtigung der kürzesten steuerlich zulässigen Nutzungsdauer orientiert.

Voraussichtlich dauernden Wertminderungen, die über den nutzungsbedingten Werteverzehr hinausgehen, wird durch außerplanmäßige Abschreibungen Rechnung getragen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind mit dem Nominalwert bzw. dem Barwert bei unverzinslichen oder niedrig verzinslichen Ansprüchen angesetzt. Konkreten Ausfallrisiken bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurde durch Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen. Im Einzelnen nicht bezifferbare Risiken werden durch eine pauschal ermittelte Wertberichtigung in Höhe von 1 % der um die Einzelwertberichtigungen gekürzten Nettoforderung abgedeckt.

Die anderen Posten des Umlaufvermögens sind mit ihren Nennwerten angesetzt.

Die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen werden nach den anerkannten versicherungsmathematischen Grundsätzen mittels der „Projected-Unit-Credit-Methode“ errechnet. Der Rückstellungsbetrag wurde unter Einbeziehung von Trendannahmen hinsichtlich der zukünftigen Anwartschafts- bzw. Rentenentwicklung ermittelt. Als biometrische Rechnungsgrundlagen wurden die „Richttafeln 2018 G“ von Klaus Heubeck verwendet. Im Berichtsjahr wurde ein von der Deutschen Bundesbank vorgegebener durchschnittlicher Marktzinssatz von 1,87 % (10-Jahres-Durchschnitt) bei der Bewertung zugrunde gelegt. Dabei wurde gemäß Satz 2 des § 253 Abs. 2 HGB pauschal eine Restlaufzeit von 15 Jahren angenommen. Rentenanpassungen sind mit 1,0 % berücksichtigt.

Die Bewertung der Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen erfolgte nach den Regelungen der IDW-Stellungnahme IDW RS HFA 3 vom 19.06.2013. Sofern biometrische Einflussfaktoren zu berücksichtigen waren, wurden die „Richttafeln 2018 G“ von Klaus Heubeck verwendet. Der Erfüllungsrückstand wurde mit den von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten Marktzinssätzen der vergangenen sieben Jahre abgezinst, Aufstockungs- und Abfindungsbetrag wurden mit dem vollen Barwert angesetzt.

Die übrigen Rückstellungen sind jeweils in Höhe des zukünftigen Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Zukünftige Preis- und Kostensteigerungen wurden berücksichtigt, sofern ausreichende objektive Hinweise für deren Eintritt vorliegen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit den von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssätzen der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst.

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt. Fremdwährungsverbindlichkeiten lagen zum Bilanzstichtag keine vor. Die Rechnungsabgrenzungsposten sind mit dem Nennwert bilanziert.

Gemäß § 274 HGB wird eine saldierte Abgrenzung für die voraussichtlichen zukünftigen Steuerbelastungen und Steuerentlastungen aufgrund handelsrechtlicher und steuerrechtlicher Bilanzierungs- und Bewertungsunterschiede angewandt. Weitere Angaben hierzu sind bei den Erläuterungen zur Bilanz unter Nr. 6 zu finden.

(B) Erläuterungen zur Bilanz

(1) Anlagevermögen

Die Aufgliederung und Entwicklung des in der Bilanz ausgewiesenen Anlagevermögens ist im Anlagespiegel gesondert dargestellt.

Im abgelaufenen Kalenderjahr belief sich der Gesamtbetrag der aktivierten Entwicklungskosten auf TEUR 2.827, die ausschließlich auf aktivierte selbst erstellte Software entfielen. Weitere Forschungs- und Entwicklungskosten sind nicht angefallen.

(2) Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

	31.12.2021	31.12.2020
	EUR	EUR
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen – davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr TEUR 0 (i. Vj. TEUR 100) –	4.549.189,61	5.149.968,67
Forderungen gegen Gesellschafter	114.031,40	116.755,45
Sonstige Vermögensgegenstände – davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr TEUR 295 (i. Vj. TEUR 24) –	444.721,81	1.829.50,54
	5.107.942,82	7.095.774,66

Bei den Forderungen gegen die Gesellschafter handelt es sich um Forderungen aus Lieferungen und Leistungen. Die Forderungen gegen Gesellschafter hatten zum Bilanzstichtag wie im Vorjahr keine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

(3) Eigenkapital

	31.12.2021	31.12.2020
	EUR	EUR
Gezeichnetes Kapital	2.681.368,03	2.681.368,03
Gewinnvortrag	5.444.939,14	4.205.806,37
Jahresüberschuss	8.742.716,23	8.122.195,18
	16.869.023,40	15.009.369,58

Ausschüttungsgesperrte Beträge

	Bilanz- ausweis	Aktive latente Steuern	Passive latente Steuern	Sperrbetrag
	EUR	EUR	EUR	EUR
Selbst erstellte immaterielle Vermögensgegenstände gemäß § 268 Abs. 8 HGB	9.831.924,78	0,00	3.242.077,21	6.589.847,57
Unterschiedsbetrag gemäß § 253 Abs. 6 HGB	40.665,00	0,00	0,00	40.665,00
Sonstige latente Steuern	0,00	262.276,21	0,00	262.276,21
Zur Ausschüttung gesperrt	9.872.589,78	262.276,21	3.242.077,21	6.892.788,78

(4) Rückstellungen

	31.12.2021	31.12.2020
	EUR	EUR
Rückstellungen für Pensionen	847.339,00	795.069,00
Steuerrückstellungen	438.648,00	75.173,00
Sonstige Rückstellungen		
Personal	2.862.683,00	2.414.081,00
Prüfung und Beratung	238.105,00	174.640,00
Übrige	5.974.470,00	5.820.210,00
	10.361.245,00	9.279.173,00

Ermittlung des Unterschiedsbetrages nach § 253 Abs. 6 HGB

	31.12.2021	31.12.2020
	EUR	EUR
Rückstellung unter Verwendung des 10-Jahres-Durchschnittzinssatzes	847.339,00	795.069,00
Rückstellung unter Verwendung des 7-Jahres-Durchschnittzinssatzes	888.004,00	846.505,00
ausschüttungsgesperrter Unterschiedsbetrag	40.665,00	51.436,00

Für die in den Personalarückstellungen enthaltenen Altersteilzeitverpflichtungen hat die Sparkasse Saarbrücken der juris GmbH eine Avalbürgschaft zur Insolvenzsicherung der Altersteilzeitverpflichtungen zugunsten der teilnehmenden Mitarbeiter eingeräumt. In 2021 betrug die Avalbürgschaft TEUR 532 (i. Vj. TEUR 310).

Die übrigen Rückstellungen beinhalten überwiegend Aufwendungen für Erlösbeteiligungen der Kooperationspartner und Aufwendungen für eingeleitete Restrukturierungsmaßnahmen.

(5) Verbindlichkeiten

	31.12.2021	31.12.2020
	EUR	EUR
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.333.301,49	1.320.243,68
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	9.596,13	9.736,12
Sonstige Verbindlichkeiten	759.604,70	1.135.160,76
– davon mit einer Restlaufzeit von weniger als einem Jahr TEUR 760 (i. Vj. TEUR 1.135) –		
– davon aus Steuern TEUR 270 (i. Vj. TEUR 253) –		
	2.102.502,32	2.465.140,56

Die vorgenannten Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie die Verbindlichkeiten gegenüber den Gesellschaftern hatten zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2021 wie im Vorjahr keine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber den Gesellschaftern handelt es sich um Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Sicherheiten bestehen keine.

(6) Passive latente Steuern

	31.12.2020	Zugang	Verbrauch	Auflösung	31.12.2021
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Aktive latente Steuern	-232	-30	0	0	-262
Passive latente Steuern	2.539	703	0	0	3.242
	2.307	673	0	0	2.980

(7) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

	31.12.2021	31.12.2020
	TEUR	TEUR
Verpflichtungen aus Miet- und Wartungsverträgen, übrige finanzielle Verpflichtungen	19.001	14.159
– davon mit einer Restlaufzeit von weniger als einem Jahr TEUR 8.815 (i. Vj. TEUR 7.494) –		
– davon gegenüber Gesellschaftern TEUR 600 (i. Vj. TEUR 900) –		
Bestellobligo Anlagevermögen	60	40

(8) Haftungsverhältnisse

Im Geschäftsjahr bestehen keine Haftungsverhältnisse gemäß § 251 HGB.

(C) Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(1) Umsatzerlöse

	2021	2020
	EUR	EUR
Dialogleistungen/Datenbanknutzung	60.723.313,46	56.316.806,09
DV-Projekte und Dienstleistungen	3.952.290,56	3.860.959,28
Übrige Erlöse	391.003,19	181.360,82
	65.066.607,21	60.359.126,19

(2) Aktivierte Eigenleistung

Aktivierte Eigenleistungen werden im Berichtsjahr mit TEUR 1.209 (i. Vj. TEUR 1.364) angesetzt. Davon entfallen TEUR 1.194 auf selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände.

(3) Sonstige betriebliche Erträge

	2021	2020
	EUR	EUR
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	365.975,41	242.391,77
Sonstige	281.046,08	290.275,30
	647.021,49	532.667,07

Unter den sonstigen betrieblichen Erträgen werden periodenfremde Erträge in Höhe von TEUR 488 (i. Vj. TEUR 366) ausgewiesen. Im Wesentlichen betreffen diese mit TEUR 366 Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (i. Vj. TEUR 243).

(4) Materialaufwand

	2021	2020
	EUR	EUR
Aufwendungen für Hilfsstoffe und bezogene Waren	51.127,66	49.711,42
Aufwendungen für bezogene Leistungen	21.550.503,07	19.201.046,15
	21.601.630,73	19.250.757,57

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen umfassen im Geschäftsjahr 2021 in erster Linie Lizenzgebühren für Dokumente, Dokumentenaufbereitung, Wartungsleistungen für EDV-Hardware sowie Miet- und Pflegeleistungen für Software.

(5) Personalaufwand

	2021	2020
	EUR	EUR
Gehälter	15.532.969,18	15.362.823,48
Soziale Abgaben	2.371.675,78	2.436.028,17
Aufwendungen für Altersversorgung	1.026.703,66	989.729,02
Aufwendungen für Unterstützung	353,56	427,48
	18.931.702,18	18.789.008,15

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

	Anzahl
Mitarbeiterinnen	107
Mitarbeiter	92
	199
zuzüglich Aushilfen	11

(6) Abschreibungen

	2021	2020
	EUR	EUR
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	2.320.276,51	1.980.976,74

(7) Sonstige betriebliche Aufwendungen

Unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen werden periodenfremde Aufwendungen von TEUR 158 (i. Vj. TEUR 220) ausgewiesen.

(8) Finanzergebnis

	2021	2020
	EUR	EUR
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.142,97	1.620,07
Erträge aus der Abzinsung	6.137,91	762,00
Zinsen und ähnliche Erträge	8.280,88	2.382,07
Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	239,85	0,00
Aufwendungen aus der Abzinsung	741,97	3.689,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	981,82	3.689,00
Finanzergebnis	7.299,06	-1.306,93

(9) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

	2021	2020
	EUR	EUR
Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschlag, Gewerbesteuer	3.930.448,57	3.668.119,49
Aufwand latenter Steuern	672.665,00	590.201,00
	4.603.113,57	4.258.320,49

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen auf das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

Passive latente Steuern ergeben sich aus der Aktivierung von selbst geschaffenen immateriellen Vermögensgegenständen des Anlagevermögens.

Aktive latente Steuern resultieren im Wesentlichen aus unterschiedlichen Wertansätzen von Altersteilzeit- und Pensionsrückstellungen.

Bei der Berechnung der latenten Steuern wurde ein Gesamtsteuersatz von 32,975 % zugrunde gelegt.

Nach § 274 Absatz 1 Satz 1 HGB wurde im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021 für den Überhang passiver Steuerlatenzen eine passive latente Steuer bilanziert.

(10) Jahresüberschuss

Die Geschäftsführung schlägt vor, vom Jahresüberschuss 2021 in Höhe von EUR 8.742.716,23 den zur Ausschüttung verfügbaren Betrag in Höhe von EUR 7.294.866,12 an die Gesellschafter auszuschütten und den verbleibenden Betrag in Höhe von EUR 6.892.788,78 (davon Gewinnvortrag EUR 5.444.938,67) auf neue Rechnung vorzutragen.

	EUR	EUR
Jahresüberschuss 2021		8.742.716,23
Ausschüttungsgesperrte Beträge		
Ausschüttungssperre zum 31. Dezember 2021	-6.892.788,78	
Ausschüttungssperre zum 31. Dezember 2020	5.444.938,67	-1.447.850,11
Zur Ausschüttung verfügbarer Betrag zum 31.12.2021		7.294.866,12

(D) Ergänzende Angaben

Abschlussprüferhonorar

Das als Aufwand erfasste Honorar des Abschlussprüfers für die Abschlussprüfung beträgt TEUR 27. Das Honorar für andere Bestätigungsleistungen beträgt TEUR 8.

Geschäftsführer

- Samuel van Oostrom, Saarbrücken
- Johannes Weichert, Berlin

Aufsichtsrat

Dem Aufsichtsrat gehörten 2021 folgende Mitglieder an:

- Ministerialdirigentin im Bundesministerium der Justiz
Eva-Lotta Gutjahr – Vorsitz –
- Ministerialrat im Bundesministerium des Innern und für Heimat
Andreas Reisen
- Regierungsdirektorin im Bundesministerium der Finanzen
Dr. Susann Schumann
- Vertreter der Lefebvre Sarrut S.A.
Rudi Mesotten
- Vertreter der Lefebvre Sarrut S.A.
Olivier Campenon

Beziehungen zu Unternehmensorganen

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführung betragen im Geschäftsjahr 2021

	Grundgehalt	Zuschuss zur privaten Kranken-, Pflege- bzw. Unfallversicherung	Prämie 2020 (Auszahlung 2021)	Kfz-Nutzung 1 %	Versorgungszuschläge	Gesamtbezüge
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Samuel van Oostrom	222.683,39	10.200,00	83.650,00	8.162,00	0,00	324.695,39
Johannes Weichert	141.500,04	8.559,45	0,00	0,00	31.721,04	181.780,53
	364.183,43	18.759,45	83.650,00	8.162,00	31.721,04	506.475,92

Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben im Geschäftsjahr 2021 keine Vergütung bezogen.

Nachtragsbericht (Berichterstattung nach § 285 Nr. 33 HGB)

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die Auswirkungen auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft hatten, sind nach Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

Saarbrücken, den 11. März 2022

Samuel van Oostrom
Geschäftsführer

Johannes Weichert
Geschäftsführer

juris GmbH

Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik Deutschland, Saarbrücken

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2021

Anschaffungs- und Herstellungskosten					
	1.1.2021	Zugänge	Um- buchungen	Abgänge	31.12.2021
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	8.858.748,54	2.750.427,04	76.439,51	0,00	11.685.615,09
2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	7.840.010,97	169.961,40	-76.439,51	517.975,81	7.415.557,05
3. Kundenstamm	975.000,00	0,00	0,00	0,00	975.000,00
4. Geleistete Anzahlungen	968.708,96	192.170,46	0,00	0,00	1.160.879,42
	18.642.468,47	3.112.558,90	0,00	517.975,81	21.237.051,56
II. Sachanlagen					
1. Bauten auf fremden Grundstücken	1.488.070,21	59.142,97	0,00	0,00	1.547.213,18
2. Technische Anlagen und Maschinen	3.469.025,15	521.362,00	0,00	923.491,96	3.066.895,19
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.816.693,54	263.448,78	0,00	381.362,97	2.698.779,35
4. Geleistete Anzahlungen	21.157,54	0,00	0,00	0,00	21.157,54
	7.794.946,44	843.953,75	0,00	1.304.854,93	7.334.045,26
	26.437.414,91	3.956.512,65	0,00	1.822.830,74	28.571.096,82

	Kumulierte Abschreibungen			Buchwerte			
	Abschreibungen des Geschäftsjahres		Abgänge	31.12.2021		31.12.2020	
	1.1.2021						
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	
	1.158.109,87	695.580,44	0,00	1.853.690,31	9.831.924,78	7.700.638,67	
	6.159.915,28	450.969,94	517.897,81	6.092.987,41	1.322.569,64	1.680.095,69	
	974.999,00	0,00	0,00	974.999,00	1,00	1,00	
	0,00	0,00	0,00	0,00	1.160.879,42	968.708,96	
	8.293.024,15	1.146.550,38	517.897,81	8.921.676,72	12.315.374,84	10.349.444,32	
	74.314,59	106.850,03	0,00	181.164,62	1.366.048,56	1.413.755,62	
	2.048.338,63	629.208,88	923.135,51	1.754.412,00	1.312.483,19	1.420.686,52	
	1.329.021,93	437.667,22	293.547,80	1.473.141,35	1.225.638,00	1.487.671,61	
	0,00	0,00	0,00	0,00	21.157,54	21.157,54	
	3.451.675,15	1.173.726,13	1.216.683,31	3.408.717,97	3.925.327,29	4.343.271,29	
	11.744.699,30	2.320.276,51	1.734.581,12	12.330.394,69	16.240.702,13	14.692.715,61	

juris GmbH

Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik Deutschland, Saarbrücken

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2021

A. Grundlagen des Unternehmens

Die juris GmbH wurde 1985 als Unternehmen im Bundesbesitz mit dem Auftrag gegründet, für die Bundesrepublik ein modernes Rechtsinformationssystem aufzubauen. Dieses wurde vor allem von öffentlichen Stellen als Informationsquelle genutzt. Heute ist juris ein führender digitaler Anbieter von Rechts- und Praxiswissensmanagement in Deutschland und entwickelt als Pionier in einem zukunftssträchtigen Wachstumsmarkt sein Angebot kontinuierlich weiter. juris ist außerdem Begründer und Mitglied der jurisAllianz, eines Verbunds namhafter juristischer Fachverlage. Das Unternehmen wird von dem Anspruch geleitet, inhaltlich und technologisch führend zu sein und seinen Kunden den bestmöglichen Zugang zu umfassendem und zielgruppengerechtem Rechts- und Praxiswissen zu bieten.

B. Wirtschaftsbericht

1. Allgemeiner Geschäftsverlauf/Branchensituation

Der Markt für Rechts-, Wirtschafts- und Steuerinformationen in Deutschland ist, im Vergleich zu anderen europäischen Ländern, nach wie vor durch den noch immer relativ geringen Online-Anteil und die anhaltende Migration von Print auf Online gekennzeichnet. Mittlerweile bestehen große Unterschiede zwischen den traditionellen Verlagen was die Transition von Print hin zu Online betrifft. Die juris GmbH als einer der wegweisenden und bedeutenden Online-Anbieter für Rechts- und Praxiswissen gestaltet diese Transition aktiv in enger Kooperation mit ihren wichtigsten Partnern (der sogenannten jurisAllianz) mit neuen Produkten, wie bspw. Print-Online-Bundles und den Legal-Compliance-Produkten (u.a. juris PreLex und juris Notare Basis). Dadurch konnte auch im Jahr 2021 die Marktposition gestärkt und die Wachstumskurve fortgeschrieben werden. All dies erfolgte in einem harten Wettbewerb, wobei die juris GmbH gemeinsam mit den Partnern der jurisAllianz im Markt für Recht, Wirtschaft und Steuern die einzig wirkliche Alternative zu Beck und Haufe darstellt.

Der Ausbau des Portfolios der jurisAllianz wurde im Rahmen der Kooperation der juris GmbH mit renommierten Fachverlagen – Bundesanzeiger Verlag/Reguvis, C.F. Müller, Deutscher Anwaltverlag/Deutscher Notarverlag, dfv Mediengruppe, De Gruyter Recht, Erich Schmidt Verlag, Hüthig Jehle Rehm, IWW, Verlag Dr. Otto Schmidt und Stollfuß Medien - in 2021 erfolgreich fortgeführt. Die jurisAllianz wächst kontinuierlich. So haben sich in 2021 die Fachmedien Otto Schmidt, der RWS-Verlag und der Boorberg Verlag (ab 01.01.22) der jurisAllianz angeschlossen. Die Geschäftssparte von Stollfuß Medien, die Verlagsprodukte im Bereich Steuer- und Wirtschaftsrecht beinhaltet, wurde von der Lefebvre Sarrut S.A., die u.a. 45,33 % an juris hält, erworben und in die Gruppe integriert.

Auf seinem Online-Portal juris.de bietet juris in den Produktsegmenten juris Recht und juris Business ein umfangreiches Portfolio aus anwendbarem Praxiswissen für Legal Professionals sowie für weitere Rechtsanwender in den Bereichen Recht, Wirtschaft und Steuern sowie eine umfangreiche Sammlung an historischen und tagesaktuellen gerichtlichen Entscheidungen, Urteilen, Gesetzen, Normen und Kommentierungen an. Geplant ist der Aufbau weiterer Produktsegmente, wie zum Beispiel juris Akademie. Die jurisAllianz stellt die Inhalte für die Produktsegmente bereit. juris arbeitet außerdem beim Aufbau neuer Produktsegmente eng mit der jurisAllianz zusammen.

Der in 2020 erfolgte Launch einer neuen Legal Compliance-Produktreihe konnte in 2021 fortgeführt werden, so dass juris auch den Markt für Paralegals mit technologischen Neuentwicklungen und passenden Inhalten erfolgreich erschließen konnte.

2. Geschäftsverlauf der juris GmbH

Die folgenden Leistungsindikatoren geben einen Überblick über den Verlauf des Geschäftsjahres 2021, wobei die für die Steuerung des Unternehmens bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren die Umsatzerlöse und das Betriebsergebnis darstellen.

Wie im Vorjahr hat COVID 19 alle Unternehmen vor große Herausforderungen gestellt hat. Mit seinem Geschäftsmodell von digitalen Medieninhalten, die über eine Onlinedatenbank zur Verfügung gestellt werden, war die Organisation der juris GmbH jedoch sehr gut gerüstet. juris hat es somit geschafft, seinen Wachstumskurs im Markt fortzusetzen, wozu das stark abonnement-getriebene Geschäftsmodell einen wichtigen Beitrag geleistet hat.

2.1 Umsatz- und Auftragsentwicklung

Die Umsatzerlöse stiegen von rund EUR 60,4 Mio. im Jahr 2020 um rund EUR 4,7 Mio. bzw. 7,8 % auf EUR 65,1 Mio. im Jahr 2021 an. Die juris GmbH konnte somit gegenüber 2020 ein deutliches Umsatzwachstum generieren. Im Wesentlichen wurde das Wachstum durch eine weitere Durchdringung des Marktes mit Angebotsformen aus einer Kombination von Primär- und Sekundärcontent, durch neue Produktangebote, aber auch durch die Gewinnung neuer Kunden im Rahmen einer intensiven Marktbearbeitung, realisiert.

Basis für die Kundenbeziehungen bleiben nach wie vor die pauschalierten Abonnementverträge mit unterschiedlichen Laufzeiten.

2.2 Wesentliche Geschäftsvorfälle des Geschäftsjahres

Das Jahr 2021 war geprägt durch folgende Entwicklungen:

- Weitere Stärkung der Grundlagen der juris GmbH
 - Vermarktung des im Vorjahr gelaunchten neuen Angebots juris Notare und juris PreLex,
 - Implementierung der Ein-Portal-Strategie,
 - Ausbau der juris PraxisKommentare (jPK) im Bereich SGB und StrVerkR,
 - Ausbau der Primärcontent-Sammlungen basierend auf untergesetzlichen Normen, Ortsrecht etc.,
 - Ergänzung der vorhandenen Module um weitere Titel sowie Launch neuer Module für verschiedene Rechtsgebiete und Zielgruppen in Kooperation mit der jurisAllianz,
 - Produktivsetzung neuer Contentverarbeitungsschienen zur Standardisierung und effizienteren Aufbereitung des angelieferten Primär- und Sekundärcontents.

- Stärkung der jurisAllianz
 - Beitritt neuer Partner (Fachmedien Otto Schmidt, RWS-Verlag, Boorberg Verlag (ab 01.01.2022))
 - Weitere Optimierung der Portfolio-Entwicklung i.R der jurisAllianz
 - Koordination der Marketing- und Vertriebsaktivitäten der jurisAllianz
 - Print-Online-Transition in Kooperation mit führenden Buchhandlungen

3. Produktpolitik

Alleinstellungsmerkmal der juris GmbH bleibt unverändert ihr Angebot, welches Primär- und Sekundärcontent zielgruppengerecht bündelt und dieses, über eine an den spezifischen Bedürfnissen ausgerichtete Recherchetechnologie, den Kunden direkt zur Verfügung stellt.

Das Portfolio konnte durch die abgestimmte Kooperation mit den Partnern der jurisAllianz sowie weiteren Verlagen im Rahmen eines übergreifenden Product-Development-Ansatzes weiter ausgebaut werden. Durch die kontinuierliche Weiterentwicklung der Smart-Search Algorithmen, die Aufnahme von Push-Angeboten und die Umstellung auf die Ein-Portal-Strategie ist die juris GmbH im Wettbewerb um die Führung bei der Desktop-Integration gut aufgestellt.

Der Erfolg der Angebots-Strategie der juris GmbH gründet neben dem Abstellen auf Vollständigkeit, Aktualität und Zuverlässigkeit in erheblichem Maße auf dem Mehrwert, der dem Angebot durch weiteren Sekundärcontent – insbesondere im Rahmen der jurisAllianz – sowie durch die Art und Tiefe seiner Erschließung hinzugefügt wird. Das hohe Maß dokumentarischer und funktionaler Qualität wird durch die seit Jahren für die juris GmbH arbeitenden Experten sowie

durch das von der juris GmbH über die Jahre entwickelte Know-how bei der Programmierung der Suchalgorithmen sichergestellt.

4. Dokumentation

Das im Bundesamt für Justiz eingerichtete Kompetenzzentrum Rechtsinformationssystem des Bundes (CC-RIS) übt zentrale Steuerungs- und Koordinationsaufgaben für die operative Zusammenarbeit der Dokumentationsstellen des Bundes mit der juris GmbH aus. Dadurch konnten die zum Bund bestehenden vertraglichen Leistungsbeziehungen der juris GmbH professionell ausgestaltet werden.

Die langjährige Kooperation mit den Dokumentationsstellen des Bundes wurde auf dieser Grundlage neu gestaltet und soll mittelfristig in neue Systeme überführt werden. Die juris GmbH hat sich auf diese Entflechtung u.a. durch die Neuaufstellung ihrer Datenhaltung und Produktion vorbereitet. Die Geschäftsaktivitäten der juris GmbH unterliegen mittlerweile vollständig dem Wettbewerb. Bedingt durch die mittlerweile für jedermann frei zugänglichen Basisinformationen („Gesetze im Internet“ und „Rechtsprechung im Internet“) konzentriert sich der Wettbewerb nunmehr auf die eigene Dokumentation und die Generierung von inhaltlichem Mehrwert, der von der juris GmbH und den mit ihr kooperierenden Verlagen selbst erstellt wird. Vor diesem Hintergrund bleiben die einzigartigen Rechtssammlungen der juris GmbH für alle im Bereich professioneller Rechtsanwendung Tätigen eine unverzichtbare Wissensquelle.

5. Investitionen

Die juris GmbH hat in 2021 selbstgeschaffene Software in Höhe von TEUR 2.827 aktiviert. Daneben wurden Investitionen für immaterielle Vermögensgegenstände, Bauten auf fremdem Grund und Boden, technische Anlagen und Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung und Sonstiges in Höhe von TEUR 1.206 getätigt.

6. Personal und Organisation

2021 beschäftigte die juris GmbH im Jahresdurchschnitt 222 (i. Vj. 252) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, darunter IT-Fachkräfte, Kaufleute, Juristen und Dokumentare. Hierin enthalten sind im Jahresdurchschnitt auch 11 (i. Vj. 42) Aushilfen und rund 12 (i. Vj. 12) Freie Mitarbeiter.

Die juris GmbH ist in Deutschland an den Standorten Berlin, Saarbrücken und Frankfurt am Main vertreten. Der Betrieb des Online-Portals erfolgt in Saarbrücken. Die Vertriebstätigkeiten werden stärker in Frankfurt am Main verankert. Am Standort Berlin baut juris seine Aktivitäten zu Unternehmens- und Portfolioentwicklung aus.

Nicht zuletzt bedingt durch COVID 19 und die damit verstärkt einhergehende Digitalisierung von Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung im Allgemeinen ist aber insbesondere der Markt für

Arbeitskräfte im Bereich IT-Development stark umkämpft. Mit den bisherigen Angeboten sind entsprechend qualifizierte MitarbeiterInnen kaum noch zu rekrutieren und ebenso schwieriger zu halten. Deshalb denkt die juris GmbH darüber nach, sich weiter vom TVÖD zu lösen, um marktüblichere Gehaltsangebote unterbreiten zu können. Zudem wird juris Aktivitäten auch verstärkt externalisieren und Freie Mitarbeiter einsetzen.

7. Ertragslage

Die juris GmbH übertraf in 2021 mit einer Gesamtleistung i. H. v. EUR 66,3 Mio. den Vorjahreswert i. H. v. EUR 61,7 Mio. um 7,4 %. Als Ergebnis vor Steuern wurden EUR 13,4 Mio. (i. Vj. EUR 12,4 Mio.) erzielt.

Nach Abzug der Steuern verbleibt für 2021 ein Jahresüberschuss von rund EUR 8,74 Mio. (i. Vj. EUR 8,12 Mio.). Unter Berücksichtigung der ausschüttungsgesperrten Beträge in Höhe von EUR 1,448 Mio. steht ein Jahresüberschuss in Höhe von EUR 7,295 Mio. zur Ausschüttung zur Verfügung.

Die Erhöhung der Gesamtkosten um 7,4 % gegenüber 2020 ist im Wesentlichen durch den Anstieg der Materialaufwendungen um EUR 2,3 Mio. bzw. 12,2 % von EUR 19,3 Mio. auf EUR 21,6 Mio. bedingt. Die Personalaufwendungen liegen mit EUR 18,9 Mio. um rund EUR 0,1 Mio. bzw. 0,8 % über dem Vorjahreswert von EUR 18,8 Mio. Die Abschreibungen betragen im Berichtsjahr EUR 2,32 Mio., was eine Steigerung um EUR 0,34 Mio. bzw. 17,1 % gegenüber dem Vorjahreswert (EUR 1,98 Mio.) bedeutet. Darin enthalten sind mit einem Anteil von TEUR 695,6 Abschreibungen auf selbst geschaffene Software (i. Vj. TEUR 576,9). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen mit EUR 10,7 Mio. um EUR 0,9 Mio. bzw. 8,9 % über dem Vorjahreswert in Höhe von EUR 9,8 Mio.

8. Vermögenslage

Die Bilanzsumme in 2021 beträgt TEUR 39.027 und liegt damit rund TEUR 2.786 über dem Niveau von 2020 (TEUR 36.241).

Auf der Aktivseite erhöhte sich das Anlagevermögen von TEUR 14.693 um TEUR 1.548 auf TEUR 16.241. Die Steigerung ist auf die Aktivierung der selbst geschaffenen Software in Höhe von TEUR 2.827 zurückzuführen.

Im Umlaufvermögen reduzierten sich die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände von TEUR 7.096 um TEUR 1.988 auf TEUR 5.108. Grund hierfür waren primär die hohen Umsatzsteuerforderungen in 2020 aufgrund der Mehrwertsteuersenkung. Die Forderungen waren per 11.03.2022 im Wesentlichen erfüllt. Die flüssigen Mittel zum 31. Dezember 2021 erhöhten sich von TEUR 13.512 in 2020 um TEUR 2.928 auf TEUR 16.440.

Der Aktive Rechnungsabgrenzungsposten weist die Abgrenzung des Aufwands bei Zahlungen für die Folgejahre aus und ist von TEUR 940 um TEUR 298 auf TEUR 1.238 gestiegen. Hierbei handelt es sich um Wartungsverträge für Hard- und Software, Lizenzgebühren für Software sowie um Erlösbeteiligungen.

Auf der Passivseite ist eine Steigerung des Eigenkapitals von TEUR 15.009 bei vollständiger Ausschüttung des ausschüttungsfähigen Vorjahresergebnisses um TEUR 1.860 auf TEUR 16.869 zu verzeichnen. Dies ist in erster Linie begründet durch den nicht ausschüttbaren Gewinn des Jahres 2020 in Höhe von TEUR 1.239.

Die Rückstellungen erhöhten sich von TEUR 9.279 um TEUR 1.082 auf TEUR 10.361. Grund dafür ist im Wesentlichen der Anstieg der Rückstellungen für Erlösanteile und für Restrukturierung. Der Passive Rechnungsabgrenzungsposten weist die Abgrenzung des Umsatzes bei den Flat-Rate Produkten aus und ist von TEUR 7.180 um TEUR 465 auf TEUR 6.715 gesunken.

Die passiven latenten Steuern stiegen von TEUR 2.307 um TEUR 673 auf TEUR 2.980. Weitere Details hierzu sind im Anhang aufgeführt.

9. Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft war auch in 2021 – wie in den Jahren zuvor – unproblematisch. Das Stammkapital der juris GmbH beträgt nach wie vor TEUR 2.681. Der Geschäftserfolg der juris GmbH erlaubt es, anstehende Investitionen und sonstige Ausgaben ohne Kreditaufnahmen zu finanzieren. Das Finanzergebnis wies im Jahr 2021 einen Ertrag in Höhe von TEUR 7 aus (TEUR -1 in 2020). Aus heutiger Sicht sind keine Liquiditätsrisiken ersichtlich. Insgesamt hat sich die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft den Erwartungen entsprechend entwickelt und ist damit günstig verlaufen.

C. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Die Gesellschaft unterhält ein unternehmensweites Risikomanagementsystem, mit dem bestehende und potenzielle Risiken systematisch erfasst und analysiert werden. Ein kontinuierliches Monitoring stellt sicher, dass erforderliche Maßnahmen zeitnah eingeleitet werden können. Mithilfe der monatlichen Varianzanalysen werden, ggf. vorhandene Abweichungen aufgedeckt, sodass ein rechtzeitiges Gegensteuern möglich ist. Im Rahmen des Rolling-Forecasts erfolgt eine Überprüfung bzw. Bewertung der Maßnahmen zur Umsetzung der Zielsetzungen des laufenden Jahres. Bei der Budgetplanung und der damit einhergehenden Langzeitplanung wird die strategische Ausrichtung grundsätzlich und vor dem Hintergrund der jeweils aktuellen Markt- und Rahmenbedingungen überprüft und ggf. angepasst.

Die juris GmbH antizipiert somit die sich wandelnden Marktgegebenheiten, wie z.B. die Zunahme von frei verfügbarem juristischen Content im Internet und den immer härteren Wettbewerb. Ziel ist es, auch in Zukunft die Alleinstellungsmerkmale zu stärken. Dies wird zum einen durch die Verbesserung der Erschließung des Primärcontents in Verbindung mit dessen Aufwertung durch Bereitstellung relevanten Sekundärcontents, aber auch durch die Einbindung von Legal-Tech-Elementen in die Suche umgesetzt. Auf Basis dieser Mehrwertstrategie ist die juris GmbH zuversichtlich, auch langfristig ihre bisherige Marktposition im Wettbewerbsumfeld erfolgreich behaupten zu können.

Ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal bleibt auch weiterhin, die hohe Qualität der juris-eigenen Rechtssammlungen aufrecht zu erhalten. Die juris GmbH hat sich zu einem unverzichtbaren Wissensmanagement-Tool für alle Legal Professionals entwickelt. Es bleibt weiterhin ein wichtiges Anliegen des Unternehmens, die Anforderungen der öffentlichen Hand – und hier insbesondere die der Justiz – an Recherchierbarkeit und Nutzbarkeit des bei juris angebotenen Contents besonders zu berücksichtigen. Dies soll dazu beitragen, die Kundenbeziehungen zu den Legal Professionals beim Bund, bei den Ländergerichten und in den Anwalts-Kanzleien zu erhalten und qualitativ weiter zu entwickeln.

Im Jahr 2021 wurde, neben dem Ausbau und der Optimierung des Zusammenspiels des Primär- und Sekundärcontent-Angebotes, die Umstellung auf die Ein-Portal-Strategie fortgesetzt und der Buchhandel in die Vertriebsstrategie eingebunden. Dadurch wird den zielgruppenspezifischen Informationsbedürfnissen der juris-Kunden Rechnung getragen und die Umsetzung technischer Entwicklungen beschleunigt.

In 2022 sollen, mit neuen inhaltlichen und funktionalen Angeboten, insbesondere i.R. der Content-Integration, einem überarbeiteten Markenauftritt mit Neugestaltung von Website und Webshop, dem Launch eines e-zine und der weiteren Verbesserung der Kundenansprache über alle Vertriebswege, die bestehenden Kundenbeziehungen gefestigt und weiteres Marktpotenzial, bspw. bei Paralegals, erschlossen werden. Dadurch soll gewährleistet werden, dass die juris GmbH im Verbund mit der jurisAllianz ihre Position als einer der führenden Online-Anbieter von Rechts- und Praxiswissen in Deutschland weiter ausbaut. Die juris GmbH ist somit für die zukünftigen Herausforderungen gut gerüstet.

Auf dieser Basis und vor dem Hintergrund, dass der RWS-Markt in den kommenden Jahren, insbesondere wegen der anhaltenden Migration von Print auf Online, weiterhin Potenzial bietet, wird auch in 2022 jeweils ein leichtes Wachstum der Umsatzerlöse und des Betriebsergebnisses angestrebt. Die durch COVID 19 direkt und indirekt sowie auch durch den aktuellen Krieg in der Ukraine ausgelösten negativen Folgeerscheinungen für die Wirtschaft in Deutschland, lassen sich in ihren Auswirkungen auf den für juris relevanten Markt und dessen Klientel weiterhin nur schwer abschätzen. Hierdurch wurde ein wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Umfeld geschaffen, in dem sich Deutschland noch nie zuvor befunden hat und das jedes Unternehmen vor große Herausforderungen stellt und noch weiter stellen wird. Auch wenn derzeit noch völlig unklar ist, wie lange und wie schwerwiegend die Auswirkungen andauern werden, ist die juris GmbH zuversichtlich, sich behaupten zu können.

Aus heutiger Sicht sind, unter Berücksichtigung des zuvor Genannten, keine bestandsgefährdenden Risiken erkennbar.

Saarbrücken, den 11. März 2022

Samuel van Oostrom
Geschäftsführer

Johannes Weichert
Geschäftsführer

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die juris GmbH Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik Deutschland,
Saarbrücken

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der juris GmbH Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik Deutschland, Saarbrücken, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2021 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der juris GmbH Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik Deutschland für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2021 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestä-

tigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstel-

lungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutende Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Saarbrücken, den 1. April 2022
KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Geis-Sändig
Wirtschaftsprüfer

Heintz
Wirtschaftsprüfer